

**Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister, Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Kolleginnen und Kollegen,**

Wir halten unsere Haushaltsreden vor dem Hintergrund der schwersten Wirtschaftskrise seit Bestehen der Bundesrepublik und der Pläne der schwarz-gelben Regierung in Berlin, die Steuereinnahmen der Kommunen weiter zu beschneiden.

Das kriegen wir auch in Speyer zu spüren:

Die Gewerbesteuerereinnahmen sind um geschätzte 6 Mio € eingebrochen und liegen damit deutlich unter dem Haushaltsansatz der Stadt 2009. Da hat sich der OB mit seinem Zweckoptimismus offensichtlich verleiten lassen von zu hohen Einnahmen auszugehen.

**Doch wer kann eigentlich unsere Haushaltslage realistisch beurteilen?**

Seit der letzten Haushaltsrede meiner Vorgängerin liegt immer noch keine Eröffnungsbilanz vor.

Auch die Untergliederung des Haushaltes in Teilhaushalte und Produkte seit der Einführung der Doppik 2008 erleichtert nicht gerade die Lesbarkeit dieses gewaltigen Werkes.

Eines kann man jedoch jetzt schon klar feststellen:

Die Einnahmen der Stadt decken schon lange nicht mehr die Ausgaben .

**Der größte Ausgabeposten ist und bleibt die Soziale Sicherung** mit 35,6 Mio. Das sind rund dreiviertel der Steuereinnahmen der Stadt Speyer.

Allein für das Produkt Hilfe zur Erziehung werden im nächsten Jahr 7 Mio € ausgegeben. Das sind zum nicht unerheblichen Teil Kosten, die durch Heimunterbringungen von Kindern- und Jugendlichen verursacht werden.

Das heißt, es sind eigentlich Kosten, die aufgrund von Erziehungsdefiziten in der Familie entstehen. Und hier müssen wir ansetzen, indem die Stadt ihre Anstrengungen im Bereich der frühzeitigen Förderung und Bildung verstärkt.

Deshalb sind Ausgaben für Projekte wie die soziale Stadt Speyer Nord oder Speyer West - (gelegentlich als überflüssig belächelt) finanziell lohnenswerte Ausgaben, weil sich dadurch solche Folgekosten senken lassen.

Auch das von Europa geförderte Bundesprojekt „Lernen vor Ort“ , das in Speyer auf den Weg gebracht wurde, weist in die richtige Richtung. Mit diesem Projekt sollen Bildungsangebote vom Säugling bis zur Seniorin vernetzt und ausgebaut werden.

Jedes Kind und jeder Jugendliche, der unter guten Bedingungen aufwächst, ist ein Gewinn für die Stadt.

**Doch gerade auch Kinder und Jugendliche sind von der steigenden Armut besonders betroffen: Nach einem Dossier Kinderarmut des Bundesfamilienministeriums ist jedes sechste Kind armutsgefährdet.**

Wenn man den Arbeitslosenprognosen trauen darf, wird die Zahl der HilfeempfängerInnen weiter steigen.

Die Stadt muss ein Auge darauf haben, dass diese Menschen nicht in Frustration und Lethargie abrutschen, sondern weiter am sozialen Leben der Stadt teilhaben können. Auch das wird langfristig Kosten sparen. In diesem Zusammenhang fordern wir die Fortschreibung des Armutsberichtes.

Die Würde des Menschen ist unantastbar. Ein hehrer und wichtiger Anspruch unseres Grundgesetzes. Doch tatsächlich wird die Würde vieler Menschen jeden Tag angetastet, zum Beispiel, wenn sie von jetzt auf nachher erfahren, dass ihre Arbeitsleistung nicht mehr gefragt ist und sie zu Hilfeempfängern werden.

Der Weg auf das Sozialamt fällt nicht leicht und die Verwaltung tut gut daran, erlebten Demütigungen durch eine respektvolle Haltung diesen Menschen gegenüber zu begegnen.

Meine Damen und Herren,

### **Was wäre das Leben in Speyer ohne das ehrenamtliche Engagement ihrer BürgerInnen? Das gilt für alle Bereiche des Lebens in unserer Stadt.**

Die Teilnahme an Mission Olympic im letzten Jahr ist uns allen noch in bewegender Erinnerung. Der Stadt sollte auch in Zukunft daran gelegen sein, das Vereinsleben in Speyer zu fördern und zu würdigen auch finanziell. Warum streben wir nicht an, die **Postgalerie** für ehrenamtliches Engagement zu nutzen sei es für Jugend, Kultur oder Handwerk.

Wir Grünen freuen uns, dass unser Vorschlag von dem JSV und der Stadt aufgegriffen wurde, eine neue multifunktionale Sporthalle nicht auf dem Freibadgelände, sondern auf dem alten Hallenbadgelände zu bauen. Damit wird nicht nur Geld gespart, sondern auch die Nähe zu den Schulen genutzt. Speyer hat einen großen sportlichen Bedarf an zusätzlichen Hallenkapazitäten. Auch dafür muss die Stadt Geld in die Hand nehmen. Mit dem Judoverein hat die Halle einen Hauptnutzer, der für herausragende Jugendarbeit steht auch bei der Integration von jungen Menschen mit Migrationshintergrund und Menschen mit Behinderungen. Wenn die Stadt, der Judosportverein, die Schulen und andere Vereine eng zusammenarbeiten, wird das ein erfolgreiches Projekt für ganz Speyer.

Ein solches Projekt darf natürlich nicht auf Kosten von anderen sozialen Projekten und von Schulen gehen.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Wir gratulieren den 18 Mitgliedern des **Jugendstadtrates** zu ihrer Wahl.

Es ist nicht selbstverständlich, dass die Wahl eines Jugendstadtrates so erfolgreich verläuft wie jetzt in Speyer. Mehr als 1800 junge Menschen haben daran teilgenommen. Dieser Erfolg ist auch auf die Unterstützung durch die Jugendförderung zurückzuführen, der wir an dieser Stelle Dank sagen. Mit dem Jugendstadtrat bekommt die Jugend die Möglichkeit eigene Interessen zu artikulieren, in der Stadtpolitik besser gehört zu werden und Projekte umzusetzen. Vielleicht könnte der Jugendstadtrat die Jugendlichen in den Stadtteilen unterstützen, ihre Jugendtreffs selbst zu verwalten.

Auch als Ansprechpartner für einen runden Tisch „Junge Menschen in Arbeit“ könnte der Jugendstadtrat dienen. Denn für viele Jugendliche sind die Ausbildungsangebote in Speyer

nicht ausreichend. Gerade im Bereich niedrig qualifizierter Arbeit fehlt es an Beschäftigungsangeboten. Denn Arbeit bedeutet nicht nur Geld verdienen, sondern auch soziale Teilhabe .

Kinder und Jugendlichen aus finanziell benachteiligten Familien muss der Zugang zu Bildungs- Sport- und kulturellen Angeboten der Stadt erleichtert werden. Wir treten ein für kostenlosen oder wenigstens stark ermäßigten Zugang zu diesen Angeboten! Für Familien und Jugendliche mit Migrationshintergrund aber auch für andere benachteiligte Familien und Jugendliche ist das ein Weg der sozialen Integration.

**Die Lebenswelten der Familien haben sich verändert.** Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist hier besonders wichtig. Die Stadt muss ihre Kinderbetreuungsangebote hier den unterschiedlichen Bedürfnissen anpassen.

Dabei ist klar, die Stadt stößt finanziell an ihre Grenze, wenn sie Betreuungsangebote rund um die Uhr anbieten will, damit die Unternehmen flexibel über ihre MitarbeiterInnen verfügen können.

Ehrenamtliche und institutionelle Betreuung müssen sich ergänzen, aber auch die Unternehmen sollten in Verantwortung genommen werden.

Meine Damen und Herren, Liebe Kolleginnen,

eine außergewöhnliche Weihnachtskarte ist uns dieser Tage ins Haus geflattert. Die Domansicht verstellt durch die Bebauung am Hafen – eine schöne Bescherung ? wird die Frage gestellt?

**Die Bebauungspläne auf dem Erlusgelände** bewegen die Gemüter. Fast genau vor einem Jahr am 18.12.09 wurde an diesem Ort gegen die Stimmen der Grünen und der BGS die Aufstellung eines Bebauungsplans vom Stadtrat verabschiedet. Es kann also keiner sagen, er hätte von alldem nichts gewußt.

Zurecht wird unter anderem vom Rheinkolleg darauf hingewiesen, um welches städtebaulich wertvolle Grundstück es sich bei dem Erlusgelände handelt. Tatsache ist aber auch, dass das Erlusgelände seit vielen Jahren ein trauriges Dasein als Industriebrache fristete, bevor es jetzt durch die Bebauungspläne wach geküsst wurde. Offensichtlich sind auch die politischen Entscheidungsträger der Stadt dabei aufgewacht. Einig dürften sich die meisten der hier Anwesenden sein, dass das Gelände einer Wohnnutzung zugeführt werden soll. Es ist die architektonische und städtebauliche Ausführung, die zu diskutieren ist. Deshalb erscheint uns natürlich auch ein städtebaulichen und Architektenwettbewerb als sinnvoll, der die besondere Lage am Rhein unterhalb des Domes würdigt und ökologische, soziale und energetische Gesichtspunkte mit einbezieht.

Bei der Bewertung der Bebauungspläne auf dem Erlusgelände spielen die schlechten Erfahrungen mit anderen Bebauungen auf dem Normandgelände und dem Hafen eine wichtige Rolle.

Wir Grüne sagen, Speyer braucht eine StadtbaudirektorIn nicht nur wegen des historischen und kulturellen Erbes von Speyer, sondern auch wegen der sozialen und ökologischen Verantwortung im Bereich Bauen.

Die Bürgerinnen und Bürger, insbesondere die von Bebauung unmittelbar betroffenen sind immer auch rechtzeitig mit einzubeziehen. So können frühzeitig Anregungen, Kritik und

Veränderungswünsche aufgenommen werden werden. Wir werden die Aufstellung von mobilen Schautafeln in Baugebieten mit Informationen zu Bebauungsplänen beantragen. Das fördert Transparenz, die wir in der Vergangenheit bei Entscheidungen häufig vermisst haben

Meine Damen und Herren

Nach dem Urteilsspruch des OVG ist es amtlich: der **Speyerer Flugplatz wird zu einem Regionalflugplatz ausgebaut** mit der größten Landebahn in der Metropolregion.

Die Flugbewegungen sollen sich damit in den nächsten 10 Jahren gegenüber 2006 auf dann 70 Tsd fast verdoppeln, das sind immerhin fast 200 Flugbewegungen pro Tag.

Wir möchten an dieser Stelle nochmals betonen, dass wir diese Entscheidung in jeder Hinsicht gegenüber Speyer und seinen BürgerInnen für verantwortungslos halten. Speyer ist wohl die einzige Stadt, deren Weltkulturerbe in die Einflugschneise eines Flugplatzes hineinragt. Viele Menschen schütteln den Kopf über diesen Zustand, auch die angereisten Touristen, die wegen des Doms nach Speyer kommen. Die Grünen werden alle Möglichkeiten ausschöpfen gegen diesen Wahnsinn anzugehen. Wir hoffen, dass die Beschwerde beim Bundesverwaltungsgericht Erfolg hat.

Liest man das Planfestellungsverfahren und das OVG-Urteil kann man an der Rechtsstaatlichkeit von Entscheidungen zuweilen schon seine Zweifel kriegen.

Die Interessen der Wirtschaft werden mal wieder über die Interessen der Menschen und der Natur gestellt.

„Ja mach nur einen Plan, sei nur ein schlaues Licht und mach dann noch nen zweiten Plan gehen tun sie beide nicht“. Dieses Zitat von Berthold Brecht kann man leider auch auf die **Verkehrsentwicklungsplanung der Stadt Speyer** übertragen. Schon der erste Plan wurde in großen Teilen nicht umgesetzt und jetzt ist bis 2020 der zweite angekündigt. Es geht nicht darum nur Pläne zu machen, sondern diese auch umzusetzen. Die Nutzung von öffentlichem Nahverkehr und vom Fahrrad muss gefördert werden. Das sind wir der Ökologie und unserer Gesundheit schuldig. Speyer muss eine **Fahrradstadt** werden. In Richtung Speyerer Wählergruppe sagen wir: wir brauchen keine Schaufensteranträge, sondern wirksame Maßnahmen. Wir fordern die Umwidmung der Mühlenturmstraße zu einer Fahrradstraße und die Öffnung weiterer Einbahnstraßen für den gegenläufigen Radverkehr. Außerdem fordern wir die Verwaltung auf, zu prüfen, ob am Postplatz Shared Space umgesetzt werden kann.

Die Luftbelastung und Lärmentstehung kann durch eine intelligente Verkehrspolitik reduziert werden. Dort wo Lärm entsteht, muss mehr getan werden, um die BürgerInnen davor zu schützen. Das gilt besonders für die B9/B39 und die A61, die mitten durch das Wohngebiet Speyer Nord führt und sechsspurig ausgebaut werden soll. Die Stadtoberen täten besser daran die BI bei ihrem Kampf für mehr Lärmschutz zu unterstützen als sie oberlehrerhaft zu belehren, Herr Scheid.

Sehr geehrte Damen und Herren,

Dass unser Herr Oberbürgermeister einen Hang zur Privatisierung hat, dürfte nicht ganz neu sein. Ich nenne hier Altenheim und Stiftungs-Krankenhaus, aber auch die Entscheidung, die Fernwärme zukünftig nicht mehr selbst zu produzieren, sondern sie von dem Konzern MVV einzukaufen.

Diese Entscheidung hat die Stadtwerke nicht gestärkt, sondern geschwächt. Auf dem Weg

zu einer Stadt, die ihre Energie CO<sub>2</sub>-neutral erzeugt, sind die Speyerer Stadtwerke unverzichtbar. Der Klimaschutz, über den in Kopenhagen die Welt verhandelt, beginnt in den Kommunen. Wir begrüßen ausdrücklich die strategische Entscheidung der Stadtwerke konsequent auf regenerative Energien wie Windkraft und Photovoltaik zu setzen. Auch die Pläne, eine Biogasanlage evtl gemeinsam mit anderen umliegenden Gemeinden zu bauen, unterstützen wir. Eine energieunabhängige Stadt ist nicht nur ökologisch sinnvoll und ist ein wirksamer Beitrag für den Klimaschutz, sondern zahlt sich auch langfristig finanziell für die BürgerInnen aus.

Meine Damen und Herren,

Am Rande noch eine Anmerkung zur **Art und Weise, wie in Speyer Entscheidungen getroffen werden**. Dass parteipolitische Überlegungen wichtiger genommen werden als sachliche ist keine Speyerer Erfindung, die Frage ist nur ob wir es uns auf kommunalpolitischer Ebene nicht öfter erlauben sollten, den sachlichen Erwägungen den Vorzug zu geben.

So sehen wir die Schaffung eines ehrenamtlichen Dezernenten, wie sie heute von CDU, SWG und FDP beantragt wird, als rein partei- und machtpolitisch motiviert an. Niemand kann ernsthaft in Abrede stellen, dass die Aufgaben der Bürgermeister und Dezernenten kaum noch finanziellen Gestaltungsspielraum bieten, und durch Privatisierung von Einrichtungen reduziert wurden. Wozu also ein zusätzliches Amt schaffen und dafür Geld ausgeben?

Die Kompetenz der 44 VolksvertreterInnen wird leider nicht in erster Linie sachlich sondern parteipolitisch genutzt. Wir halten dieses Denken in Blöcken entlang der parteipolitischen Linie nicht für sinnvoll und angemessen. Wir Grünen haben es schon immer so gehandhabt, dass wir nicht fragen, welche Partei einen Antrag stellt, sondern wie der Antrag sachlich zu bewerten ist. Das werden wir auch in Zukunft so handhaben. Zudem sollten die Diskussionen nicht in Nebengremien geführt werden, sondern im Stadtrat und seinen Ausschüssen. Vielleicht braucht manche Entscheidung etwas länger, dafür ist sie aber gründlicher vorbereitet und für die BürgerInnen nachvollziehbarer.

Wir Grüne regen an, gerade wegen dieser schwierigen finanziellen Lage die BürgerInnen in die Haushaltsplanung der Stadt in Form eines **Bürgerhaushaltes** einzubeziehen

Wir enthalten uns bei der Abstimmung des Haushalts der Stadt. Dem Haushalt seiner Stiftungen, sowie dem Stellenplan stimmen wir zu.

Zum Schluss möchten wir uns bei den MitarbeiterInnen der Verwaltung, den Eigenbetrieben und Gesellschaften der Stadt für ihre geleistete Arbeit und die gute Zusammenarbeit im Jahr 2009 danken.

Wir wünschen allen ein schönes und geruhiges Weihnachten und ein guten Start ins neue Jahr.

Vielen Dank für ihre Aufmerksamkeit.

Es gilt das gesprochene Wort.